

Kein Geld, aber gute Absichten

Die britische Agrarpolitik nach den Wahlen



Steve Reed, Minister für Umwelt, Nahrung und Ländlichen Raum, (l.) und sein Agrar-Staatssekretär, Daniel Zeichner, (r.) auf der Landwirtschaftsschau in Yorkshire. In der Mitte Show Direktor Charles Mills.
Foto: YorkshireAgriculturalSociety

Über Monate deuteten die Meinungsumfragen klar auf einen Labour-Sieg bei den britischen Parlamentswahlen hin und auch in ländlichen Gebieten hatte man offenbar genug von den Konservativen. Der Wegfall der Direktzahlungen nach dem Brexit hat britische Landwirte hart getroffen. Dazu kamen die Handelsverträge, die Importe von Lamm- und Rindfleisch aus Australien und Neuseeland deutlich erleichtern. Restriktive Visaquoten für saisonale Arbeitskräfte führten dazu, dass Obst und Gemüse ungeerntet verrotteten, und auch Milchbetriebe und Schlachthöfe scheiterten an den verschärften Visavorschriften. Entsprechend groß war der Unmut der Landwirte.

Es liegt an den komplizierten politischen Strukturen Großbritanniens, dass es noch einige Monate dauern wird, bis der agrarpolitische Kurs der neuen Regierung klare Formen annimmt.

Drei Agrarminister

Einen echten Amtskollegen hat Cem Özdemir in Großbritannien jedoch nicht. Steve Reed ist Minister für Umwelt, Nahrung und den ländlichen Raum (DEFRA, Department for Environment, Food and Rural Affairs). Dort zuständig für Landwirtschaft in England ist Staatssekretär Daniel Zeichner. Seit 1999 haben Schotten, Waliser und Nordiren eigene Regionalregierungen, die auch für Agrarpolitik zuständig sind. Das Geld für die Umsetzung allerdings kommt weiterhin von der Zentralregierung in London, und dort ist nicht nur Ebbe in der Kasse, sondern die neue Finanzministerin, Rachel Reeves, fand bei

der Amtsübernahme zusätzlich ein 20 Milliarden tiefes Haushaltsloch vor. Alle Ministerien werden Kürzungen hinnehmen müssen, das Budget für Agrarprogramme soll den Gerüchten zufolge unangetastet bleiben.

Ungeklärt: Abwässer und die Kosten

Ebenfalls „übernommen“ hat die Regierung von Keir Starmer einen Abwasserskandal und die Frage, was mit vom Bankrott bedrohten Wasserkonzernen werden soll. Laut Umweltbehörde haben die Wasserfirmen allein in England im vergangenen Jahr 3,6 Millionen Stunden lang ungeklärte Abwässer in Flüsse, Seen und ins Meer geleitet, doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Baden und Rudern sind nicht zu empfehlen. Die meisten Wasserfirmen sind tief verschuldet. Ganz akut ist die Krise bei Thames Water. Die überwiegend ausländischen Investoren sind nicht bereit, für Schulden in Höhe von 15,2 Milliarden Pfund geradezustehen. Die Regierung wird finanziell eingreifen müssen, denn der Konzern ist für die Trinkwasserversorgung von mehr als zehn Millionen Menschen zuständig.

„Ich bin hier, um zuzuhören“

Unter diesem Motto besuchte Staatssekretär Daniel Zeichner in den letzten Wochen mehrere der in den Sommermonaten stattfindenden landwirtschaftlichen Leistungsschauen. Ende August versicherte er anwesenden Schaffarmern gegenüber, er habe ihre Sorgen und Bedenken „laut und deutlich gehört“. Die Regierung sei entschlossen, Stabilität zu schaffen und Vertrauen

wiederherzustellen. Besonders Landwirte mit Weidehaltung in Höhen- und Randlagen müssten besser unterstützt werden. „Es klang alles durchaus ermutigend“, sagte Phil Stocker, der Chef des Verbandes der Schaffarmer, aber auf Details werde man sicher noch ein bis zwei Monate warten müssen.

EU-Annäherung?

Seit dem Brexit entstehen besonders bei Agrarprodukten und Lebensmitteln hohe zusätzliche Kosten für Kontrollen und Transportdokumente, an den Grenzen kommt es oft zu langen Verzögerungen. Ein Veterinärabkommen würde zumindest einen Teil der zusätzlichen Hürden beseitigen, und während des Besuchs von Olaf Scholz Ende Juli wurde unter der Überschrift „Sicherheit und Zusammenarbeit“ angeblich auch über den Agrarsektor gesprochen. Zumindest bei den Hafenbehörden scheint man überzeugt zu sein, dass die Kontrollen gelockert werden. Der Verband der britischen Hafenbehörden wandte sich in einem Brief an das Umwelt- und Agrarministerium DEFRA: Man habe Millionen investiert, um die Brexitkontrollen zu ermöglichen, und man fordere finanzielle Entschädigung für den Fall, dass die Grenzkontrollen gelockert würden. Allerdings insistiert Premier Keir Starmer, man beabsichtige nicht, dem gemeinsamen Markt beizutreten. Eine Kehrtwende in Sachen Brexit werde es nicht geben.

Marianne Landzettl,
freie Journalistin

Weniger Pachtland in GB

Großzügige Prämien für Maßnahmen wie Renaturierung, das Pflanzen von Bäumen oder die Umwidmung von Weideland in Flächen für Solaranlagen führen dazu, dass immer mehr Pachtverträge für landwirtschaftliche Flächen in Großbritannien gekündigt oder nicht verlängert werden. Laut des Verbands der Farmpächter sind viele Umweltprogramme für die Landbesitzer lukrativer als Pachteinahmen. Vor allem kleine Betriebe in Rand- und Höhenlagen, in denen nur Schaf- und Fleischerhaltung möglich ist, könnten durch den Wegfall der Direktzahlungen seit dem Brexit schon jetzt kaum noch ihre Pacht erwirtschaften. Durch die Rücknahme von Pachtflächen sei außerdem der Weidetierbestand und damit die Lebensmittelproduktion deutlich zurückgegangen. In Großbritannien ist etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche Pachtland, Pachtverträge haben oft nur eine Laufzeit von drei bis fünf Jahren. ml